

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

18.3.1866 (No. 66)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 18. März.

N. 66.

Vorausbezahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 fr. u. 2 fl. 2 fr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei. Erbedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

## Sofanfrage.

Wegen Ablebens Seiner Königl. Hoheit des Prinzen Otto Eugen Maria von Savoyen, Herzogs von Montferrat, Sohnes des Königs von Italien, legt der Großherzogliche Hof von heute an auf 10 Tage Trauer an, und zwar nach der 4. Stufe der Trauerordnung.

Karlsruhe, den 17. März 1866.

Großherzogliches Oberstkammerherren-Amt.  
Freiherr von Neißach.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 17. März. 5. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Das durchlauchtigste Präsidium eröffnet die Sitzung und theilt nach einer Erörterung über eine in der jüngsten Sitzung von Frhrn. v. Andlaw gebrauchte Aeußerung mit, daß Prälat Holmann wegen Krankheit noch immer abgehalten sei, im hohen Hause zu erscheinen; ferner, daß in der Zweiten Kammer die Adresse an Se. Königl. Hoheit den Großherzog bezüglich der Rechnungsnachweisungen für 1862 und 1863 berathen sei.

Es werden sodann ein druckfertiger Bericht und die eingelaufenen Petitionen angezigt.

Frhr. v. Andlaw kündigt an, daß er nach den Osterfeiertagen die bereits angezeigte Motion, die Anklage gegen den Präsidenten des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey, begründen werde.

Die Tagesordnung führt zur Interpellation Sr. Durchlaucht des Fürsten Karl zu Löwenstein an das großh. Staatsministerium bezüglich einer Aeußerung des Präsidenten des Ministeriums des Innern in der Sitzung der Ersten Kammer vom 9. Dezember v. J.

Se. Durchlaucht stellt mit Vorausschickung einer kurzen Begründung an das großh. Staatsministerium die Anfrage, welchen Standpunkt dasselbe zu der Aeußerung des Präsidenten des Ministeriums des Innern einnehme?

Staatsminister Dr. Stabel: Die einzelnen Mitglieder des Staatsministeriums — denn nur diese können interpellirt werden, nicht die oberste Staatsbehörde als Kollegium — sind jederzeit bereit, über ihre Antshandlungen und deren Gründe, über ihre Beschlüsse und Anordnungen Auskunft zu geben, soweit diese Handlungen überhaupt einer ständischen Kontrolle unterliegen.

Wir bemühen uns jedoch vergeblich, in der Interpellation eine Anfrage über irgend eine bestimmte Antshandlung zu finden. Ihr Inhalt und Zweck ist vielmehr lediglich der: unsere Gedanken auszuforschen über eine Aeußerung, welche ein Mitglied des Staatsministeriums vor längerer Zeit in einer Sitzung des hohen Hauses gethan hat.

Die Beantwortung einer Interpellation enthält das Anerkenntniß ihrer Berechtigung. Wir würden also durch unsere Einlassung auf diese Anfrage das Recht einräumen, hier unsere Gedanken und Gesinnungen in beliebiger Richtung auszuforschen, und nach Bekenntnissen dieser und jener Art zu fragen. Unsere Pflicht verbietet uns aber, einen solchen Gebrauch und eine solche Ausdehnung des Interpellationsrechts zuzugeben, und so gerne wir auch gerade über diesen Gegenstand unsere Gedanken offenbaren und so gern wir nachweisen möchten, daß der fragliche Satz schon seit 60 Jahren nicht nur in unseren Konstitutionsentwürfen, sondern in vielen Verfassungen Deutschlands geschrieben steht, so müssen wir doch zu unserm Bedauern eine solche Antwort ablehnen.

So lange die christliche Welt besteht, hat es unseres Wissens nur ein Institut gegeben, das sich zur Aufgabe machte und sich die Berechtigung zuschrieb, die Gedanken und Gesinnungen, das Meinen und Glauben der Menschen auszuspiiren und zu verfolgen.

Es war dies das Institut der sog. heiligen Inquisition. Sie hat Tausende und aber Tausende der besten Menschen dem Scheiterhaufen überliefert, nicht deshalb, weil sie irgend eine unrechte Handlung begangen hatten, sondern weil man ihre Gedanken und Gesinnungen verdammt oder verdächtig fand.

Wir werden niemals zugeben, geschweige denn indirekt durch Anerkennung des Prinzips begünstigen, daß der Versuch gemacht wird, dieses hohe Haus in ein Tribunal der heiligen Inquisition zu verwandeln und statt der Verfassungsurkunde das kanonische Recht auf den Tisch des Hauses zu legen.

Darum, durchlauchtigste, hochgeehrte Herren, können wir dem Verlangen des Hrn. Interpellanten nicht entsprechen.

Staatsrath Dr. Lamey erklärt, daß das Mißverständnis obwalten. Der Sinn der Interpellation sei ihm nicht ganz zugänglich, es sei darin bereits eine Anklage gegen ihn und ein Tadel gegen das Staatsministerium enthalten.

Fürst zu Löwenstein präcipirt den Sinn seiner Anfrage, worauf Staatsrath Dr. Lamey erwidert, er finde, daß der durchl. Interpellant zu dem Stoff unrichtige Quellen benützt habe. Bei dem Ausdruck sei er vom Geist

des hohen Gründers unserer Verfassung geleitet worden, und werde der Satz auch von der Kirche in ihrem Sinn angewendet. Für den Grundgedanken desselben sei er schon im Jahr 1848 in die Schranken getreten.

Frhr. v. Stözingen rechtfertigt die Interpellation und stellt den Antrag, das hohe Haus wolle erklären, daß dasselbe mit dem genannten Satz in seiner Allgemeinheit nicht übereinstimme.

Frhr. v. Andlaw bemerkt, der Sinn des Satzes könne doch wohl nur der sein, daß das Gesetz die Bestimmung habe, das Gewissen gewissermaßen zu ersehen.

Geh. Rath Blunzschli hält für gut, wenn die von den bösen und dunkeln Dünsten geschwängerte Luft gereinigt werde, wenn er auch eine Diskussion über Prinzipien für unfruchtbar halte. Er charakterisirt die Broschüre des Bischofs v. Ketteler in längerer Ausführung, wobei er dem Hrn. Verfasser alle Staatskenntniß abspricht.

Frhr. v. Stözingen wiederholt, unterstützt von Frhrn. v. Andlaw und Fürst zu Löwenstein, seinen Antrag.

Nach einer langen Diskussion, welche die tendenzielle Seite der Interpretation bespricht, beruft sich Geh. Rath v. Mohl auf die Geschäftsordnung und beantragt Uebergang zur Tagesordnung, welcher Antrag nach kurzer Debatte angenommen wurde.

Der Antrag des Frhrn. v. Stözingen gelangt nicht zur Abstimmung.

Die Fortsetzung der Sitzung nach der heutigen Tagesordnung wird wegen vorgerückter Zeit auf nächsten Donnerstag verlegt.

Ausführlicher Bericht folgt nach.

Karlsruhe, 17. März. 17. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hilbrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Dr. Vogelmann, und Finanzrath Eisenlohr.

Nach Eröffnung der Sitzung werden die eingekommenen Petitionen angezigt; vom Abg. Lenz der druckfertige Bericht über Zollverwaltung.

Der Tagesordnung gemäß wird hierauf der vom Abg. Heidenreich erstattete Bericht über das Budget des großh. Finanzministeriums für 1866 und 1867, und zwar die Münzverwaltung, allgemeine Kassenverwaltung und den eigentlichen Staatsaufwand des genannten Ministeriums betr., berathen.

Münzverwaltung. Die Einnahmen berechnen sich auf jährlich 557,791 fl., die Ausgaben auf 569,140 fl.

Der Abg. Lenz glaubt, es könnte schon vor Ablauf der Gültigkeit der Münzverträge eine Revision derselben zum Zweck einer Kostenersparniß vorgenommen werden.

Abg. Moll stellt an die Regierung die Bitte, sie wolle, wie bisher, auf Einführung eines einheitlichen Münzwesens hinarbeiten.

Nach Antrag der Kommission werden beide Summen genehmigt.

Allgemeine Kassenverwaltung. Die Einnahmen sind veranschlagt zu 59,628 fl., die Ausgaben zu 50,204 fl.

Bei § 7, Ertrag der Post- und Eisenbahn-Verwaltung an Pensionen, wird eine vom Präsidenten des Finanzministeriums vorgeschlagene Aenderung der Position, um sie mit der entsprechenden des Handelsministeriums konform zu machen, nach Antrag des Abg. Kriesner zu Protokoll erklärt werden.

Aus dem Berichte bemerken wir:

§ 10. Verschiedene und zufällige Einnahmen sind entsprechend dem durchschnittlichen Rechnungsergebniß der Jahre 1862/64 jährlich 3613 fl. als Budgetsatz angenommen. Ihre Kommission glaubt aber die Erhöhung dieses Postens auf jährlich 5000 fl. vorschlagen zu sollen, und zwar aus folgenden Gründen:

In dem Budget des Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten ist als Besoldung des großh. Gesandten in Paris statt der bisherigen 10,000 fl. jährlich 16,000 fl. ausgenommen, wogegen die Gebühren für das Papstvisä, die dem Gesandten zur Aufbesserung seiner Besoldung belassen wurden, künftig in die Staatskasse fließen sollen. Ihre Kommission hat Ihnen die Genehmigung der Gehaltserhöhung vorgeschlagen, ist aber der Ansicht, daß auch ein ungefährer Betrag für Papstvisä-Gebühren in Einnahme erscheinen sollte. Diese Gebühren haben in den letzten 13 Jahren durchschnittlich 13,646 Franken ertragen, im Jahr 1864 noch 12,825 Franken. Da aber eine weitere Verminderung dieses Ertrags zu erwarten ist durch die Aufhebung der seit längerer Zeit an der Grenze bestehenden Kontrolle, so wird vorgeschlagen, nur 1387 fl. jährlich hierfür anzunehmen, demnach diesen Budgetsatz auf 5000 fl. rund zu erhöhen.

Die Einnahmen werden mit Zuschlag dieser 1387 fl., die Ausgaben, wie berechnet, bewilligt.

Der eigentliche Staatsaufwand des Finanzministeriums verlangt für 1866 den Betrag von 1,790,884 fl., für 1867 von 1,788,959 fl.; der erstere wird, wie veranschlagt, der letztere mit Abzug von 341 fl. an Heizungskosten genehmigt.

Bei Berathung des Tit. IV, Baubehörden, beklagt der Abg. Sachs die ungenügenden Arbeiten an den Staatsgebäuden als eine Folge mangelhafter Beaufsichtigung. Eine Vermehrung der Bezirks-Baunspektionen oder deren Hilfs-personals sei dringend notwendig.

Staatsrath Dr. Vogelmann: Die Bezirks-Baumeister haben sehr große Bezirke, und bewegen auch oft Geschäftsüberhäufung. Das einfache Mittel hiegegen sei Beschaffung genügender Aushilfe; allein dieser stünde die Thatsache entgegen, daß die brauchbaren Architekten eben dort ihre Beschäftigung suchen, wo ihnen mehr als im Staatsdienst bezahlt wird. Er macht aber darauf aufmerksam, daß nicht allein die Bezirks-Baumeister, sondern auch die Beamten, welche die öffentlichen Gebäude bewohnen, Aufsicht über die Bauarbeiten zu führen haben; wenn die Letztern sich dieser Aufgabe hinreichend unterziehen, werde dem gerügten Mangel theilweise abgeholfen. Sei eine Bauarbeit fertig, werde sie vom Bezirks-Baumeister eingesehen, und dabei sei natürlich die Möglichkeit vorhanden, daß derselbe verdeckte Mängel übersehe. Im Allgemeinen sei die Stellung des Bezirks-Baumeisters keine beneidenswerthe, denn jüngst sei Einer, welcher Baumängel gerügt habe, deswegen mit Ehrenkränkungsbelegen belangt worden.

Abg. Achenbach schlägt der Regierung vor, diesen Budgetsatz zu erhöhen.

Staatsrath Dr. Vogelmann: Die Regierung wird nicht unterlassen, im nächsten Budget hievon Gebrauch zu machen. Er bemerkt noch, daß einer der größten Bezirke, nämlich Wertheim, welcher bis Mosbach reiche, bereits in 2 Abtheilungen getheilt, wovon die zweite einem Baupraktikanten mit dem Sitz in Adelsheim übergeben sei; zu dieser Vorkehrung jedoch reichen die jetzigen Mittel hin.

Schluß der Sitzung.

## Deutschland.

Karlsruhe, 17. März. Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin haben sich gestern Vormittag um 11 Uhr 30 Minuten nach Baden begeben, um daselbst Seiner Hoheit dem Prinzen Friedrich von Hessen und Hochbesten Gemahlin Ihren Besuch abzustatten; Höchstselben trafen Nachmittags um 4 Uhr 40 Minuten wieder in Karlsruhe ein.

Frankfurt, 15. März. Das „Frei. Journ.“ schreibt: „Die italienische Regierung hat sich zu einer bedeutenden Subvention für die Herstellung der Alpenbahn anheißig gemacht, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Gotthard-Linie gewählt wird, und Deutschland sowohl wie die Schweiz ebenfalls zu den Kosten für die Herstellung dieser Weltbahn entsprechend beisteuern. Wir hoffen, daß die auf Antrag der badischen Regierung einberufene Kommission der deutschen Zollvereins-Staaten ihre Aufgabe richtig auffassen und Deutschland das Seinige dazu beitragen wird, die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, welche die Natur unserm Verkehr mit Italien bereitet hat. Die Alpenbahn, und zwar die St.-Gotthard-Bahn, ist es, welche uns erst geistalten wird, die Tragweite des deutsch-italienischen Handelsvertrags vollständig kennen zu lernen.“

Kassel, 14. März. (Schw. M.) Heute wurde, wenn auch gerade nicht ganz unerwartet, da man bei uns auf dergleichen gefaßt ist, doch ziemlich plötzlich eine Ständesitzung von der Regierung begehrt. Um 2 Uhr ging das betreffende Schreiben dem Präsidenten zu, und auf 5 Uhr wurde die öffentliche Sitzung anberaumt. Aber da man entweder eine Vertagung oder wohl gar eine gänzliche Schließung des Landtags erwartete, so traten die Stände schon um 3 Uhr zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. Es wurde darin Namens des Verfassungsausschusses von Detler II. ein umfassender Vortrag über die Zeit während der letzten Vertagung, bezw. über den beghalbigen Bericht des ständischen Ausschusses, gehalten, und darin beantragt, die Beschlüsse zu fassen, welche der Telegraph wohl bereits gemeldet hat. (S. „Karlsru. Bzg.“ Nr. 64.) Dem Vernehmen nach hatten bei den vorausgegangenen Ausschüßberathungen, welche sehr geheim gehalten wurden, über den passenden Zeitpunkt des Vorgehens der Stände noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten obgewaltet; das ungewöhnliche Begehren einer Sitzungsanberaumung aber brachte in dieser Beziehung schnell Einmüthigkeit hervor. Auch die Beschlüsse wurden mit Einigkeit oder großer Mehrheit gefaßt, die Verwahrung gegen die „unausbleiblichen Folgen der Mißregierung“ sogar, wie es heißt, mit allen gegen eine Stimme. So ist denn diesmal nicht die Regierung, sondern die Ständeverammlung dem andern Theil zuvorgekommen. Uebrigens beruft sich die Regierung noch immer auf das Unwohlsein des Kurfürsten, das aber nur in einem gewöhnlichen Podagraanfall zu bestehen scheint. (Die von der Ständerversammlung heute angenommenen Anträge lauten wörtlich: 1. Dermalen die folgenden Anträge zum Beschluß zu erheben und solche zur Kenntniß der Staatsregierung zu bringen: 1) Die Ständerversammlung erklärt Angesichts der Lage des Landes: die Staatsregierung verweigert, im Widerspruch mit der Landesverfassung, dem Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom 24. Mai 1862, und dem gegebenen Fürstenthum

dem Lande die volle Wiederherstellung seines Rechts; die Staatsregierung vernachlässigt, trotz der unausgesetzten Mahnungen der Landesvertretung, fortwährend die Interessen der geistigen und materiellen Wohlfahrt des Landes; 2) die Ständeversammlung verwahrt sich gegen die unausbleiblichen Folgen einer solchen Mißregierung. II. 1) Gegen den vorhinigen Vorstand des Justizministeriums, Hrn. Staatsrath Pfeiffer, und den dermaligen Hrn. Justizminister Abbe bei dem kurf. Oberappellationsgericht dahier Anklage wegen Verfassungsverletzung zu erheben, und die vom Verfassungsschutz vorgelegte Anklageschrift zu genehmigen; 2) den bleibenden landständischen Ausschuss mit der Einbringung, Ergänzung, Erläuterung und Fortführung dieser Anklagesache für den Fall, daß die Ständeversammlung hieran verhindert sein sollte, zu beauftragen. Diese Anklage ist auf folgende Gründe gestützt: III. Daß das provisorische Gesetz vom 29. Juni 1851, obgleich dasselbe der Verfassung widerspricht, auch die Ständeversammlung ihre Zustimmung zu demselben verweigert, und dessen Beseitigung wiederholt verlangt hat, bis jetzt nicht nur nicht beseitigt, vielmehr dessen Zurückziehung ausdrücklich verweigert, und dasselbe selbst nach dem 31. Okt. 1863 [dem letzten Landtags-Abschied] noch beibehalten worden ist).

**Hannover, 13. März.** Die deutsche Prozeßordnungskommission wird ihr legislatives Werk mit dem Ablauf dieses Monats beendigen. Es gilt nur noch die durch eine Subkommission vorbereitete redaktionelle Feststellung des Gesetzentwurfs.

**Hamburg, 15. März.** Den „Hamburg. Nachr.“ wird aus Schleswig gemeldet, daß dort eine offizielle Feier des Geburtstages des Königs von Preußen am 22. d. M. angeordnet worden, indem Abhaltung von Gottesdiensten und Ferien in den öffentlichen Schulen regierungsseitig anbefohlen worden.

**Altona, 14. März.** (Schl.-H. Ztg.) Wie bekannt, hat der Baron Scheel-Blessen beim Oberpräsidium hier selbst gegen die Redaktion der „Schl.-H. Ztg.“ wegen eines Artikels, in welchem das bekannte Neuzehner-Schreiben als „Landesverrath“ bezeichnet worden war, eine Injurienklage angehängt. Der Oberpräsident hat heute die Klage für begründet erkannt, die Redaktion in eine Brüche von 300 Mark und zum Widerruf durch Abdruck des Erkenntnisses verurtheilt. Es wird gegen diese Entscheidung Rekurs ergriffen werden.

**Aus Holstein, 14. März.** Die „Hamb. Nachr.“ enthalten einen weitem aus dem Kreise der Landesregierung inspirierten Artikel, der sich gegen die Resolution des Kieler Schleswig-Holsteinischen Vereins wendet, welche die Verfassung von 1854 nicht als „vollständig geltendes Landesrecht“ gelten lassen will. Es heißt darin:

3) holsteinische Ständevertreter haben sich in einer vor kurzem veröffentlichten Erklärung für die Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1854 ausgesprochen, und es sogar (um die Berufung der Stände im laufenden Jahr zu erwirken) für angemessen gehalten, dem Hrn. Statthalter daran zu erinnern, daß er in seiner Antrittsproklamation den Vollzug der bestehenden Gesetze zugesichert habe. Dieser Standpunkt ist von der k. l. Regierung nicht ohne vorgängiges Bedenken, aber ohne Rückhalt acceptirt worden. Es wird hieran festgehalten werden offen und ehrlich; aber selbstverständlich ist, daß man auch von jener Seite, von der das Drängen ausgegangen ist, diesen Standpunkt ohne alle Zweideutigkeit acceptirt. Die Verfassung des Jahres 1854, so wie sie nun einmal beschaffen ist, erscheint als gültiges Landesrecht. Die einen Paragraphen daraus binden den einen Theil, die übrigen den andern. Das ist nun einmal nicht mehr als recht und billig, und dabei läßt sich nichts ändern, drehen und deuteln. Der Erlaß des Hrn. Statthalters enthält in dieser Beziehung eine so ganz unzweideutige Hinweisung, daß er wohl nicht mißverstanden werden kann, wenn man ihn nicht mißverstehen will. Die Verhältnisse, die Lage sind schwierig, sehr schwierig; Mäßigung, Achtung des Gesetzes, Vertrauen sind vor Allem erforderlich, wenn ein günstiges Ergebnis erwartet werden soll. Die Regierung wird unter allen Umständen, dessen sind wir bestens überzeugt, ihren Verpflichtungen nachzukommen wissen, sie wird aber auch darauf achten dürfen, daß man von anderer Seite dasselbe thue.

**Kiel, 13. März.** Die „Kiel. Ztg.“ berichtet: In der gestrigen Versammlung des Schleswig-Holsteinischen Vereins wurde folgende Erklärung mit ganz überwiegender Majorität angenommen:

In Anlaß des Reskripts der k. l. Statthaltertschaft vom 26. Februar d. J. und des bezüglichen Antrages der Landesregierung spricht der Verein seine Ansicht dahin aus: 1) So lange die, ohne Zuthun Schleswig-Holsteins, herbeigeführte Lage der Dinge, vor Allem jetzt die besagten Trennung der beiden Herzogthümer, die allein vollständige gemeinsame Landesvertretung unausführbar macht, wird das Land mit ehrerbietigem Danke die ihm eröffnete Aussicht begrüßen, endlich selbst wieder bei der Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten sich betheiligen zu können, um so mehr, als vom Deutschen Bunde selbst für die Stände der 1854er Verfassung ein finanzielles Mitbestimmungsrecht verlangt worden ist. 2) Die laut des Erlasses der k. l. Statthaltertschaft von vielen Personen ausgesprochene Ansicht, daß die Verfassung des Jahres 1854 ein vollständig geltendes Landesrecht sei, steht nicht im Einklang mit den Verhandlungen und Bedenken der ständischen Versammlungen selbst, theilweise nicht mit den Beschlüssen des Deutschen Bundes, endlich nicht mit der bis dahin kundgewordenen Rechtsüberzeugung des Landes. 3) Dagegen halten wir die von der k. l. Statthaltertschaft bisher über die Auffassung im Lande gehegte Anschauung als zutreffend, insofern nach dem Verlauf der Ereignisse den jetzigen Ständen die Aufgabe zugewiesen werden konnte, im Sinne des tausendfach ausgesprochenen Rechtsbewußtseins des Volkes vorübergehend mitzuwirken zur Ueberführung der provisorischen Zustände in die definitive Gestaltung unseres Staatswesens.

Zu Delegirten wurden erwählt die H. H. Pastor Schröder, Professor Karsten, Dr. v. Raack und Rentier Pauls, und für den Fall der Behinderung Vorgenannter die H. H. Lehrer Sönlken und Dr. Ahlmann.

**Kiel, 14. März.** (Kiel. Ztg.) Wie uns mitgetheilt wird, hat die Beisehung der sterblichen Reste des Prinzen

von Noer mit seiner ersten Gemahlin preussischer Seits einen großen Aufwand militärischer und polizeilicher Kräfte verursacht. Nicht nur, daß der Polizeihauptmann Langer mit einem Theil seiner Schar auf Requisition des Amtmanns Hugo v. Plessen mobil gemacht war, das ganze in Eckernförde garnisonirende Bataillon ist dazu verwendet worden, sämtliche Straßenpunkte nach Noer und Krusenborf hin besetzt zu halten. Die zur Leichenfeier fahrenden Equipagen, sowie der Leichenkondukt selbst sind von preussischen Offizieren visitirt worden — natürlich Alles in der Absicht, auf die Person des Herzogs Friedrich zu fahnen.

**Kiel, 15. März.** Man telegraphirt der „Wes.-Ztg.“: „Wegen der in Schleswig erlassenen Verordnung, betreffend die Bestrafung feindlicher Handlungen gegen die souveräne Gewalt in Schleswig-Holstein, herrscht unbeschreibliche Bestürzung. Die holsteinischen Blätter protestiren energisch. Die gewaltsame Entfernung des Erbprinzen aus Holstein wird befürchtet.“

**Dusan, 12. März.** Der hiesige Zollverwalter Carstens, ein nicht nur höchst geachteter, sondern auch durchaus ruhiger Mann, von dem wohl seine schleswig-holsteinische Gesinnung, nicht aber in diesem Sinn ein öffentliches Auftreten und Wirken, wofür auch innerhalb seines Amtes keine Gelegenheit gegeben war, bekannt ist — ist, wie die „All. Nachr.“ melden, von seinem Amt wieder entlassen und daselbst zum 1. April abzugeben. Er war vor seiner hiesigen Bedienung im Lauenburgischen angestellt. — Geh. Oberregierungsath Dr. Wiese aus Berlin ist zur Inspektion der hiesigen Gelehrtenschule hier eingetroffen.

**Schleswig, 16. März.** (W. L. Z.) Eine Verordnung des Gouverneurs hebt auf Grund königlicher Ermächtigung die für die Schifffahrt an den schleswig'schen Küsten bestehenden Beschränkungen zu Gunsten der preussischen Schiffe auf, da von Seite Preußens für schleswig'sche Schiffe Gegenleistung zugesichert ist.

**Berlin, 16. März.** Die „Kreuz-Ztg.“ hebt heute an der königl. Verordnung wegen Bestrafung feindlicher Handlungen gegen die jetzige souveräne Gewalt in Schleswig-Holstein eine zweifache Beziehung hervor.

Einerseits — sagt sie — zeigt sie den vollen Ernst strengster Geltendmachung der obrigkeitlichen Autorität gegenüber einem aufständigen Parteitreiben; andererseits enthält sie einen bezeichnenden Bräustein für die Gewissenhaftigkeit, mit welcher von dem Mitbesitzer der Herzogthümer die Gemeinamkeit der Souveränitätsrechte vertreten und die Pflichten der Regiprozität gelbt werden. In erster Beziehung wird der Augenhinburgischen Propaganda in Holstein und deren Werkzeugen in Schleswig klar gemacht, daß Preußen nicht gemeint ist, ihre Wahlereien auf schleswigischem Boden noch länger ungestraft sich entsalten zu lassen. Foran wissen insbesondere auch die holsteinischen Aufhebungssaganten, was ihnen wartet, wenn sie sich im Herzogthum Schleswig betreffen lassen. Außerdem liefert aber die f. l. Verordnung ein neues bedeutsames Zeugnis dafür, was Angesichts der Verträge von Wien und Gastein eine christliche Auffassung und Handhabung des Kondominatsverhältnisses zu bejagen hat. Das vorgezeichnete Einhalten gegen verbrecherische Handlungen bezieht sich gleichmäßig auf alle Verletzungen der Souveränitätsrechte beider Mitbesitzer der Herzogthümer. In Holstein ist bekanntlich bis jetzt einer preusseneinseitigen Partei sogar die Regierungsmaschine zur Ausbeutung gegen Preußen überlassen. Schwärzungen gegen Preußen und Angriffe auf die Rechte des Königs sind dort unter den Augen der österreichischen Statthaltertschaft an der Tagesordnung. Es wird sich nun fragen, ob Oesterreich endlich seiner Vertragspflichten sich erinnert und gewissenhaft nach den Anforderungen derselben handelt.

**Berlin, 17. März.** (Sch. M.) Ein Telegramm der „Spener. Ztg.“ aus Wien sagt: Man spricht von einem österreichischen Rundschreiben an die nichtdeutschen Mächte über den bedrohlichen Stand der Herzogthümerfrage, in welchem sich bezüglich einer gewaltsamen Annexion ausgesprochen und die Verantwortlichkeit für die Eventualitäten in Betreff eines solchen Vorgehens Preußens abgelehnt wird.

**Prag, 16. März.** Die heutige „Prag. Ztg.“ veröffentlicht nachfolgende Kundmachung:

Die bedauerlichen Ereignisse, welche in den letzten Tagen in einigen Landstädten vorgefallen sind, haben lebhafteste Besorgnisse in vielen Gegenden Böhmens wachgerufen. Um diese durch das Gefühl der Unsicherheit veranlaßten Besorgnisse zu beschwichtigen und der Gefahr vorzubeugen, daß ein ähnlicher Fall sich wieder ereigne, wie in Schüttenhofen, welche Stadt beinahe durch 24 Stunden so zu sagen schloß dem plündernden Pöbel preisgegeben war, hat das Statthalterpräsidium sich mit dem Präsidium des Landes-Generalkommandos ins Einvernehmen gesetzt und die nöthigen Vorkehrungen getroffen, daß an allen bedrohten Punkten Militärbetheilungen aufgestellt werden, die im Fall eines Erfolges mit möglicher Beschleunigung interveniren können. Die Truppen befinden sich bereits auf dem Marsch. Die Regierung hat sich zu diesen Maßnahmen veranlaßt gesehen, eingedenk der Verpflichtung, die ihr obliegt, Leben und Eigenthum der Staatsbürger vor Gewaltthatigkeiten aufgeregter Volkshäufen zu schützen.

Die friedlichen Bürger mögen darauf bedacht sein, eine Wiederholung von Ereignissen, wie sie in jüngster Zeit vorgekommen, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln zu verhindern; Denjenigen, welche dergleichen Störungen hervorrufen, oder sich daran betheiligen, sei dies eine ernste Mahnung, daß gegen sie unnachlässig mit rücksichtsloser Energie und der äußersten Strenge des Gesetzes vorgegangen werden wird.

† **Wien, 14. März.** Dem Vernehmen nach ist der Abschluß des Vertrags zwischen den Kaisern Napoleon und Maximilian über die Räumung Mexiko's von Seiten der französischen Truppen als gesichert zu betrachten, und würde bis Ende des laufenden Jahres die erste und bis Ende des nächstfolgenden Jahres die zweite Hälfte des Okkupationskorps ihren Abzug bewerkstelligen, vorausgesetzt — das würde eine sehr wichtige Klausel sein —, daß nicht inzwischen eine Aggression von außen erfolge. Bei der Uebernahme der Fremdenlegion in der Stärke von 8000 Mann in mexikanische Dienste, sobald die französischen Nationaltruppen das Land verlassen haben, behält es unter allen Umständen sein Bestehen.

**Wien, 16. März.** (Fr. Bl.) Die „N. Freie Presse“ meldet: Das Endergebnis der Marschallkämpfe wäre das Bereitsein auf alle Eventualitäten; das königliche Gesetz in Schleswig sei die Handhabe einer Intervention der Westmächte. — Die „Debatte“ erfährt, von London aus werde man mit einem energischen Protest dem preussischen Vorgehen entgegenzutreten.

**Wien, 16. März.** (Fr. P.-Ztg.) Großfürst Nikolaus von Rußland und der Herzog von Nassau sind gestern Abend aus Benedig hier angekommen. Der Ankauf von Pferden für die Kavallerie und zur Bepannung der Artillerie ist angeordnet.

**Wien, 16. März.** Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht den zwischen Oesterreich und Rußland abgeschlossenen Postvertrag.

**Wien, 16. März.** (W. L. Z.) Die „General-Korresp.“ meldet: „Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit dem Justizministerium auf telegraphischem Wege die Einsetzung des Standrechts über diejenigen Bezirke Böhmens verfügt, in denen jüngst Ausschreitungen vorgekommen sind, und zugleich das Oberpräsidium der Statthalterei ermächtigt, das Standrecht auch auf die durch Erzeße bedrohten Bezirke auszudehnen.“

**Wien, 17. März.** (W. L. Z.) Nach der „Debatte“ wird von Seiten der Westmächte eine Rundgebung gegen die in der neuesten Verordnung wegen Schleswigs von dem preussischen König geführte Sprache erwartet, da in dem Erlaß der provisorische Charakter der Dinge in Schleswig-Holstein geradezu negirt wird.

### Oesterreichische Monarchie.

**Wesb, 16. März.** (A. Ztg.) Heute sind hiesige Infanterieregimenter nach Böhmen und der walachischen Grenze abmarschirt, andere werden nachrücken. Kleinere Provinzialgarnisonen halten sich marschfertig.

**Czernowitz, 12. März.** (A. Z.) Dem Vernehmen nach haben die meisten der in der Bukowina liegenden Regimenter Marschbefehl erhalten. Das Ziel ist in dem Marschbefehl nicht genannt.

### Italien.

**Rom, 10. März.** (A. Ztg.) Cesare Cantù ist vorgestern wieder von hier abgereist. Am vertrautesten zeigte er sich mit Mons. Rarbi, der bekanntlich der erbitterteste Feind Italiens ist. Hr. Cantù konnte nicht umhin, hier die letzten Illusionen über die Angelegenheit der italienischen Klöster zu zerstören, und deren Aufhebung von Seite des italienischen Parlaments als sicher bevorstehend anzuführen. Er dürfte wohl darauf hingedeutet haben, daß Rom nur durch Klugheit und einige, wenn auch scheinbare, Zugeständnisse an Italien vielleicht noch Einiges retten könne; allein Cardinal Antonelli ist jetzt mehr als je geneigt, in seiner Politik nur auf die göttliche Vorsehung zu vertrauen und mit verschränkten Armen die Erfolge seiner bekannnten Note abzuwarten. „Doch Alles stumm bleibt wie zuvor“ — nur Spanien hat seine ganze Hilfe zugesagt. — Die in letzterer Zeit durch italienische Blätter gehende Nachricht, daß man hier noch immer daran denke, die französische Legion von Antibes zurückzuführen und die im Ueberfluß herbeiströmenden Freiwilligen allein zu berücksichtigen, ist durchaus unbegründet. Jene Legion wird jedenfalls hieherkommen und die Engelsburg beziehen, ja sie ist gegenwärtig eine der größten Hoffnungen der Meritani Partei. — Am 7. d. brannte auf dem Plage von S. Silvestro das mechanische Theater des Hrn. Fabiani nieder, und in 20 Minuten war dieses kostbare Werk ein Haub der Flammen.

### Frankreich.

**Paris, 16. März.** (W. L. Z.) Im Gesetzgeb. Körper wurde heute die gestern begonnene Debatte über die Anträge der Linken bezüglich der inneren Freiheiten fortgesetzt. Nach mehreren Nebenprotesten Staatsminister Rouher gegen die Angriffe der Opposition, welche die Kammer gegenüber dem Land zu kompromittiren versuchten. Eingehender werde er bei Beratung des Verbesserungsantrages der 45 antworten. Der von Jules Favre eingebrachte Verbesserungsantrag wurde darauf mit 237 gegen 17 Stimmen verworfen.

\* **Paris, 16. März.** Heute Nachmittag überreichte Graf v. d. Goltz in feierlicher Audienz dem Kaiser die Insignien des Schwarzen Adler-Ordens, welche der König von Preußen dem kaiserl. Prinzen verliehen hat, der dieselben nicht vor dem vollendeten zehnten Jahre erhalten konnte. Der Kaiser empfing den Gesandten bei versammeltem Hofe. Hr. v. d. Goltz hielt eine Ansprache, in welcher er den freundschaftlichen Gesinnungen des Königs von Preußen für den Kaiser und den Sympathien des Königs für Frankreich Ausdruck gab. Der Kaiser erwiderte und versicherte ebenfalls sein Wohlwollen für Preußen und dessen König. — Die zweite Konferenzsitzung wird, wie wir vernehmen, erst am nächsten Montag stattfinden.

In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers sprach Nogent St. Laurents gegen J. Favre, um hauptsächlich nachzuweisen, daß der Unterschied, der nach J. Favre zwischen der Thronrede und dem Adressentwurf besteht, eigentlich nicht vorhanden sei. Die Majorität soll sich nicht spalten. Alle ihre Mitglieder wollten den verständigen Fortschritt, ebenso wie die Krone und das ganze Land ihn wolle. S. Picaud spricht im Besondern für die Pressefreiheit. Das gegenwärtige Preßsystem sei das der reinen Konstitution. Graf Jaucourt sucht aus englischen Blättern zu beweisen, daß die französische Opposition in ihren Neben Mißbrauch mit der parlamentarischen Form treibe. Hr. v. Dalmas findet diese Citationen englischer Blätter zur Beweisauführung in einer französischen Kammer unangemessen.

Der „Abend-Moniteur“ meldet, daß auf Grund der vom „Semaphore“ gegebenen Nachricht der in Malta angeordneten 30-tägigen Quarantäne für die von Alexandria kommene

den Schiffe sofort der Minister der Landwirtschaft, des Handels und der öffentlichen Arbeiten beim dortigen französischen Generalkonsul Erkundigungen eingegeben, und dieser gestern auf telegraphischem Wege geantwortet hat, daß durchgängig keine Choleraepidemie in Egypten herrsche und nur am 7. d. M. ein einzelner Fall konstatiert, seitdem aber der Gesundheitszustand überall vortrefflich sei. — Die „Patrie“ meldet, daß der Bey von Tunis alle von Alexandria ankommenden Schiffe einer Quarantäne unterworfen hat. — Rente 68.87 1/2, Cred. mob. 695, Ital. Anl. 61.70.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 12. März.** Justizrath Klein hat im Reichsraths-Folksting die Ermächtigung des Marineministeriums dahin beantragt, daß die Panzerfregatte „Danmark“ verkauft und für den Erlös kleinere Panzerfahrzeuge erbaut werden.

### Levantepost.

**Konstantinopel, 16. März.** Die heutige Levantepost meldet aus Konstantinopel vom 10. d.: Abdi Pascha ist als Kommandant des zweiten Armeekorps mit zwei Bataillonen nach Schumla abgegangen.

Die Choleraepidemie beschloß, den französischen Vorschlag, die eventuelle Absperrung des Seeverkehrs zwischen Hebräas und Egypten betreffend, der Pforte zur Annahme zu empfehlen. In Südkurdistan soll die Cholera heftig ausgebrochen sein.

### Großbritannien.

**London, 14. März.** Parlamentsverhandlungen vom 13. März.

Im Unterhaus zeigte der Schatzkanzler auf Befragen die Absicht an, am 12. April die zweite Lesung der Reformbill zur Erörterung zu bringen und am ersten Abend nach der zweiten Lesung das Budget vorzulegen. Die vertagte Debatte über den Antrag auf erste Lesung der Reformbill nimmt Lowe (von konservativer Seite) wieder auf. Er schildert in Kürze die außerordentliche im Hause der Gemeinen konzentrierte politische Macht. Im Verhältnis zur Größe dieser Macht sei auch jeder Versuch, die Zusammensetzung des Hauses zu ändern, von großer und bedeutender Wichtigkeit. Ein solches Unternehmen in leichtfertiger oder ungeschickter Weise zu versuchen, zeige von trasser Ueberhebung und Thorheit. Das Stimmrecht sei kein Zweck an sich, nicht etwa eine Wohlthat für das Volk, nur ein notwendiges Mittel zu dem Zweck, ein Haus der Gemeinen zu bilden. Wenn eine Aenderung im Wahlsystem nicht einen Einfluß auf die Zusammensetzung des Hauses habe, wäre sie zwecklos. Es frage sich also vorerst, ob es wünschenswert oder nöthig sei, die Zusammensetzung des Hauses abzuändern. Diese Frage habe der Schatzkanzler durch die Ebat bejaht, ohne einen einzigen Grund dafür anzugeben; eine Unterlassung, die eben keine allzu große Achtung vor der Würde des Hauses beweise. Wenn er zu dem wesentlichen Inhalt des Entwurfs gelange, müsse er vor Allem bemerken, daß der für die Grafschaften vorgeschlagene Zensus die Kohäsivität der Wählerklasse erhöhen und das Gleichgewicht der politischen Macht verrücken würde. Noch bedenklicher wäre die Folge in den Burgstädten, da die arbeitenden Klassen, nach des Schatzkanzlers eigener Darstellung, ein Fünftel des ganzen Wählerkörpers bilden würden. Schon jetzt seien sie ein starkes Element in der Vertretung, da, allen Widersprüchen zum Trotz, seine oft geführte und angefochtene Behauptung sich erwiesen habe: die Behauptung, daß es in der Macht jedes fleißigen Arbeiters liege, sich die Stellung eines Wählers zu verschaffen. Dank den Goldentbedungen der letzten Jahrzehnte und dem Aufschwung des Handels und der allgemeinen Wohlfahrt habe der Zensus von 10 Pfd. St. aufgehört, eine hohe Schranke zu sein. Trotzdem wolle die Regierung niedriger greifen. Der Schatzkanzler selbst gestehe seine Furcht vor einem Zensus von 6 Pfd. St. und weise nach, daß durch denselben das politische Uebergewicht in die Hände der Arbeiterklassen fallen würde. Und doch schlage er einen Zensus von 7 Pfd. St. vor, als ob das eine Pfd. St. einen merklichen Unterschied machen könnte, als ob die einen Zoll höhere Schranke nicht von der fortwährend steigenden Wohlfahrt der unteren Klassen bald überflutet werden müßte. Wenn man Unwissenheit und Eitelkeit, die Neigung, sich bestechen, einschüchtern oder zu fanatischer Leidenschaft hinarbeiten zu lassen, finden wolle, unter welcher Wählerklasse, der untern oder obern, werde man sie suchen? Ein Anschwollen der Besetzung und Korruptionsfluß werde die erste Folge der Zensusherabsetzung sein, und durch eine merkwürdige Vergeltung würden die liberalen Förderer der Bill ihre Blindheit zuerkennen müssen, da in den untern Schichten der Grafschaften und den meisten oder doch sehr vielen Städten das Torythum den härteren Anhang habe. Aber zur Uebermacht gelangt, würden die arbeitenden Klassen dem Parlament Gesetze vorschreiben, — welche Gesetze, sehe man aus dem Geist der in ihren Genossenschaften und Verbindungen (Trades Unions) herrsche. Gehe die Bill durch, so werde das Haus nächstes Jahr gezwungen werden, eine neue Verteilung der Parlementsitze zu bewilligen, und so weiter fort. Denn welche Unvollkommenheiten auch das Haus haben möge, diese Bill werde sie nicht heilen, sondern potenzieren. Wenn sie Gesetz werden sollte, so beneide er den Schatzkanzler nicht um den dadurch ihm abfließenden Vorbehalt; er selbst werde immer stolz auf das Verdienst sein, sie nach seinen besten Kräften bekämpft zu haben. Arthur Peel (der jüngste Sohn des verstorbenen Sir Rob. Peel) nimmt die Bill als Abschlagszahlung an, und würde einen Zensus von 10 Pfd. St. in Grafschaften und 5 Pfd. St. in Burgstädten vorgezogen haben. Von den Rednern, die hierauf für oder gegen auftraten, wollen wir nur die bedeutendsten anführen. Bright lobt an der Bill, daß sie ohne Hinterlist und Schlußfolgerungen sei, nicht mit der einen Hand wegnehme, was sie mit der andern gegeben; sie gebe wenig, aber das auch ehrlich und in guter Meinung. Die Herabsetzung des Grafschaftszensus auf 14 Pfd. St. bedeute wenig; hauptsächlich komme es darauf an, ob der Zensus in Burgstädten, wie bisher, auf 10 Pfd. St. bleiben oder auf einige Zeit 7 Pfd. St. betragen solle. Gegner der Regierung hätten behauptet, daß er die Grundzüge der Maßregel angeben habe; und das sei ein großer Irrthum. Keinen einzigen Punkt der Bill würde er, wenn man ihn zu Rathe gezogen hätte, gutgeheißen oder befürwortet haben; aber das Gebotene sei immerhin annehmbar und willkommen. Nur die Sparassen-Klausel gefalle ihm ganz und gar nicht, weil sie aller Art von Betrug und Vorkriegseligheit Thür und Thor öffnen würde. Die Mitglieder der Opposition, die aus prinzipieller Hartnäckigkeit gegen die Reform des Parlaments zu stimmen geneigt

sein müßten, erinnere er an die Schnelligkeit, mit der einfluß der Herzog von Wellington seine Meinung geändert habe. Manche Parteimänner schädeln ihrer Würde dadurch, daß sie mit ihrer Nachgiebigkeit immer auf gewisse Ereignisse, wie die Juli- oder Februar-Revolution, warteten, welche man gewöhnlich Unfälle oder Zufälle nenne. Leider gebe es immer solche Zufälle, und zwar sei gar nichts Zufälliges an ihnen; denn sie entsänden aus natürlichen, nur manchen Augen nicht sichtbaren Ursachen. Das Ministerium habe mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, und auch das Parlament sei nicht sehr reformfreundlich gesinnt. In Anbetracht dieser Umstände müsse er die vorgelegte Bill eine gute und christliche Maßregel nennen. Lord Granbourn sucht arithmetisch nachzuweisen, daß die arbeitenden Klassen mittelst der Bill das Geste ganz in die Hand bekommen müßten. Sir R. Knightley beantragte eine neue Vertagung der Debatte; aber diese Motion wurde nicht genehmigt, worauf das Haus die Einbringung oder erste Lesung der Bill gestattete. Befalltuse, wie man sie gewöhnlich beim Durchgehen eines bekämpften Antrages hört, ließen sich diesmal kaum vernehmen.

**London, 17. März. (W. L. B.)** In der gestrigen Sitzung des Unterhauses beantwortete Layard eine bezügliche Anfrage dahin: Die Gesandten von Spanien, Peru und Chili versicherten, während der Dauer des Krieges keine neuen Kriegsschiffe von britischen Werften wegzuführen.

Derselbe beantwortete eine weitere bezügliche Anfrage: Die Regierung ist ohne bestimmte Berichte über das Vorrücken der Russen gegen Votchara; Rußland versichere, es wünsche keine Gebietsveränderungen nach Osten zu machen.

### Amerika.

**Neu-York, 3. März, Morgens. (Per „Alemannia“.)** Der Konflikt zwischen dem Präsidenten und Kongreß geht seinen Gang fort, ohne daß er bis jetzt in eine neue Phase getreten wäre. Zahlreiche Deputirte bieten dem Präsidenten ihre Unterstützung an, welcher ihnen seinen Entschluß, trotz Widerstand und Schmähung bei seiner Politik auszuhalten zu wollen, wiederholt. Er blickt mit Hoffnung in die Zukunft und glaubt, daß ungeachtet der gegenwärtigen extremen Parteilichkeit doch Alles schließlich gut gehen werde. Je früher die Wiederherstellung des Sitzens vollbracht, desto eher würden seine Produkte auf den Markt kommen, den Umlaufkreis der Währung erweitern und dadurch finanzielles Unheil abwenden. „New-York Times“ stellt das Kabinett als in vollständiger Einigkeit zu Gunsten des Präsidenten dar. Andererseits verfolgt der Senat seine gegenwärtige Politik. Er hat die Resolution, wonach föderale Vertreter so lange ausgeschlossen sein sollen, bis der Kongreß überhaupt ein Recht der abgefallenen Staaten auf Vertretung anerkannt haben wird, mit 29 gegen 18 Stimmen angenommen. Die republikanische Partei hat ein Komitee eingesetzt, um bestimmte Schritte gegen des Präsidenten Politik einzuleiten. — Die Meinung, es werde das Rekonstruktionskomitee in Väde zu Gunsten der Zulassung der Mitglieder aus Tennessee Bericht erstatten, gewinnt an Festigkeit. Der Senat hat eine Resolution angenommen, wonach der Präsident wiederholt er sucht werden soll, über die provisorischen Regierungen des Südens Mittheilung zu machen. — Das Militärkomitee des Repräsentantenhauses beschloß die Auflösung der Südmiliz, um ihrer Reorganisation vorzubeugen. Das Repräsentantenhaus hat die Erwägung des vorgeschlagenen Amendements zur Verfassung, das den Kongreß ermächtigt, Gesetze zu geben, um den Bürgern eines Staats das Bürgerrecht in allen Unionsstaaten zu sichern, bis auf den 10. April hinausgeschoben. Man betrachtet dieses als eine thatsächliche Niederlage des Amendements. Die auswärtige Politik betreffend, ist eine Resolution in das Haus eingebracht und an das Komitee für die auswärtigen Angelegenheiten überwiesen worden, welches erklärt, daß die fernere Verwendung französischer Truppen in Mexiko ein Bruch des den französischen Kammern gegebenen kaiserl. Wortes sein würde. Das Finanzkomitee hat über eine Bill behufs der Regulirung des Verkehrs mit Canada Bericht erstattet. In Canada selber ist von Seiten der Regierung die Hoffnung ausgesprochen worden, daß die Konföderation der Provinzen in wenigen Wochen verwirklicht sein werde.

Der „New-York Herald“ sagt, Hr. Seward habe während seines Ausflugs nach Westindien mit Dänemark einen Vertrag geschlossen, welcher der Unionsflotte den Gebrauch des Hafens von St. Thomas als eines Rendez-vous sichere. Feindtöne erörtern finden fortwährend in verschiedenen Theilen der Union statt. Sie dringen allesammt auf rasche That, doch sind sie bis jetzt über bloße Beschlüsse nicht hinausgekommen.

### Baden.

**Karlsruhe, 16. März.** Der Beginn der nächsten Quartalsitzung des Schwurgerichts, welcher auf den 20. d. M. festgesetzt war, mußte auf kurze Zeit verschoben werden; wir werden den Tag der Eröffnung mittheilen, sobald derselbe bestimmt sein wird.

**Mannheim, 15. März.** Gestern trat Frln. Stehle aus München, unser für drei Vorstellungen gewonnener hochgefeierter Gast, in der ersten Rolle als „Rose“ im „Schloß des Eremiten“ auf, der komischen Oper, welche die Künstlerin selbst in's hiesige Repertoire eingeführt hat. War schon vor zwei Jahren die Darstellung gerade dieser Rolle von durchschlagender Wirkung, so versagte auch die diesmalige nicht, das dichtgefüllte Haus zu lebhaftem Beifall hinzureißen. Und dieses bei einer Weise des Vortrags und Spiels, welche sich nirgends hinreißen läßt, das feste und sichere Ebenmaß zu überschreiten und in Virtuosenweise aus dem Rahmen der Darstellung herauszutreten. So war das hier nach der jähigen Uebung verpönte Herausstrahlen bei offener Szene ein unwillkürlicher Akt der Bewunderung, zu welchem jenes alle Nuancen der Leidenschaft durchlaufende Duett „Ach ich bin hübsch“ in so psychologisch wahrer Darstellung naturgemäß jeden Zuschauer und Zuschauerin hinreißen mußte.

Einer gleichmäßig lebhaften und günstigen Aufnahme, freilich bei weit ungenügender Einnahme, erfreute sich heute die zweite Aufführung des Oratoriums „Paulus“ zum Besten des Theaterorchester-Wittwenfonds, und es muß dem Dirigenten und den Darstellenden gleichmäßig zu besonderm Verdienst angerechnet werden, daß sie ungeachtet des

schwachen Besuchs, der wohl zumest dem oben erwähnten Gastspiel und den jetzt sich drängenden musikalischen Genüssen zuzuschreiben ist, so unverbrochen ihre ganze Kraft und Begeisterung zu schönster Wirkung einsetzten.

### Vermischte Nachrichten.

**Dresden, 13. März.** Der frühere Advokat Hilschold, der seit dem Mai 1849 in der Selbstgewählten Verbannung zu Zürich gelebt hat, neuerlich aber von der Stadt Adorf im Voigtland zum Bürgermeister gewählt worden war, ist in diesem Amt von der Regierung bestätigt worden.

**Bern, 12. März.** Es verlautet, daß die Wiedereröffnung der Unterhandlungen über den Handelsvertrag mit dem Zollverein in den nächsten Tagen bevorstehe.

In Folge der 4 Jahre hintereinander im Nordosten Finnlands eingetretenen Mitternächte ist ein großer Theil der Bevölkerung nach Norwegen und Amerika ausgewandert. Den noch zum Auswandern entschlossenen Einwohnern hat die Regierung Land im Kaufasus mit 15jähriger Abgabefreiheit verliehen. (Russ. Korr.)

**Karlsruhe, 16. März. (Groß. Kreis- und Hofgericht, Strafkammer.)** Anklage gegen Johann Bellon, Goldarbeiter von Enzberg, gegen Johann Georg Laible und Urban Elsässer, beide Goldarbeiter von Tiefenbrunn, und gegen Xaver Pfessinger, Brunnenmacher von da, wegen Widersehligkeit. — Am 26. Jan. d. J., dem Tag, an welchem die Huldigung in Pforzheim abgenommen wurde, feierte die übermüthige Fabrikbevölkerung, die Gelegenheit hierzu, ob passend oder nicht, willkommen begrüßend, wilde Begehungen, und es war namentlich in der Advokaten die Polizeimannschaft im höchsten Grad in Anspruch genommen, um den in verschiedenen Wirtschaftshäusern vorkommenden Exzessen zu steuern. Gegen Abend wurde Polizeidiener Karrer gebeten, schleunigst in die Lehmann'sche Brauerei zu kommen, weil dort Alles brannte und drüber gehe; bei seiner Ankunft in dem genannten Lokal sah er vor sich einen Knäuel baldender Menschen, welche Tische, Stühle und Gläser zusammenschlugen. Zwei der heftigsten Tumultuanten, Johann Bellon, welcher den Wirth am Hals gepackt hielt, und Johann Georg Laible, der gerade mit einem Stuhl zum Schlag ausholte, sagte er sofort, erklärte sie für verhaftet, und suchte sie, nachdem sie entgegnet hatten, daß sie sich nicht arretiren ließen, aus dem Wirtschaftsthal herauszuführen. Sie widersetzten sich, indem sie den Polizeidiener schlugen und traten; inzwischen kam Urban Elsässer herbei und versetzte mit dem Ruf: „Frei müssen sie sein!“ dem Polizeidiener Karrer einen heftigen Faustschlag in das Gesicht, so daß er zu Boden stürzte; auch Pfessinger kam herzu und riß die Arrestanten von Karrer los. Dieser aber, nachdem es ihm gelungen war, seines ihm von unbekannter Hand entrisenen Säbels wieder habhaft zu werden, sagte alsbald den Laible wieder und bedeutete den zur Hilfe herbeigeeilten Polizeidiener Nüsse, den Bellon, der sich davon zu machen suchte, festzuhalten, was auch geschah. Kaum waren die Verhafteten etwa 50 Schritte weit transportirt, als die Polizeidiener von einem schreienden Menschenhaufen umringt wurden, welcher die Freilassung der Gefangenen verlangte, und auch hier thaten sich Elsässer, der dem Polizeidiener Karrer abermals einen Stoß auf die Brust versetzte, worauf dieser von seinem Säbel Gebrauch machte, und Pfessinger besonders hervor. Unter fortwährendem Raufen gelang es schließlich mit Hilfe zweier weiterer Polizeidiener den Bellon und Laible in das Gefängniß zu verbringen. Namentlich suchte der Letztere auch noch auf dem Transport dem Polizeidiener Hörtz den Säbel zu entreißen, und bot schließlich, als er sah, daß sein Widerstand vergebens sei, diesem mehrere Kronenthaler und seine Uhr für seine Freilassung an. Es wurden hiernach Bellon, Laible und Elsässer der durch körperliche Mißhandlung des Polizeidiener Nüsse erwirkten Widersehligkeit, und Pfessinger der Widersehligkeit, Laible überdies der Beschädigung schuldig erklärt. Die wohlverdienten Strafen wurden bemessen gegen Laible und Elsässer auf je 4 Monat Kreisgefängniß, gegen Bellon auf 4 Wochen Kreisgefängniß, und gegen Pfessinger auf 4 Wochen Amtsgefängniß.

**Freiburg, 16. März.** Die große Hofhauspielerin Frau Johanna Lange, welche gestern Abend in dem Benefiz der Damen Böger und Clairmont die Rolle der Dorothea in dem Birch-Pfeiferschen Schauspiel „In der Heimath“ zu spielen die Gefälligkeit hatte, fand einen entzückenden Beifall für ihre liebenswürdige, künstlerische Leistung, und wurde, wie auch die beiden Benefiziantinnen mit Blumen spenden reichlich beehrt. Dem Stück der gewandten Bühnenschriftstellerin wurde gleichfalls die freundlichste Aufnahme von Seiten des sehr zahlreich versammelten Publikums zu Theil. — Nächsten Montag beginnt das Da mißhaber Ballet seine Vorstellungen, welchen sich am Mittwoch das Heudrich'sche Gastspiel anreihen wird.

**Hamburg, 15. März.** Das Hamburg-Neu-Yorker Postdampfschiff „Alemannia“, Kapitän Trautmann, am 4. März von Neu-York abgegangen, ist nach einer ausgezeichnet schnellen Reise von 10 Tagen 3 Stunden am 14. März 11 Uhr Abends in Cowes angekommen, und hat, nachdem es daselbst die Verein.-Staaten-Post, sowie die für Southampton und Havre bestimmten Passagiere gelandet, um Mitternacht die Reise nach Hamburg fortgesetzt.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer	Thermometer	Wind	Himmel	Witterung.
16. März					
Morgens 7 Uhr	27° 583	- 05	N.O.	stark bew.	trüb, Frost
Mittags 2 „	520	+ 95	„	„	Sonnensh., mild
Nachts 9 „	450	45	„	schw.	sternhell, frisch

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Germ. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 18. März. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement und erhöhten Preisen: **Die Afrikanerin**; große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Meyerbeer.

Dienstag 20. März. 1. Quartal. 35. Abonnementsvorstellung. **Die Nibelungen**; Trauerspiel in 5 Akten, von Hebbel.

### Theater in Baden.

Mittwoch 21. März. **Nathan der Weise**; dramatisches Gedicht in 5 Akten, von Lessing.

3.g.31. Karlsruhe. Freunden und Bekannten zeige ich hiermit an, daß meine innig geliebte Mutter, Margarethe Gemehl, geb. Zangrandt, heute durch den Tod von ihren langen und schweren Leiden befreit wurde. Karlsruhe, den 17. März 1866. B. Gemehl, Eicut.

3.g.293. Nr. 2621. Triberg.

### Bekanntmachung.

Die Uhrverloosung von J. G. Martens in Furtwangen betr.  
Kommenden Donnerstag den 22. d. Mts. wird unter Leitung und Aufsicht des Herrn Amtsvorstandten die Ziehung der Gewinne der Martens'schen Uhrverloosung in Furtwangen im Saale des Gasthauses zum Bade, Donnerstags 9 Uhr beginnend, vorgenommen werden; wovon wir hiermit die Theilnehmenden in Kenntniß setzen.  
Triberg, den 14. März 1866.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Engelhorn.

**Werthvolle Oelgemälde,** älterer und neuerer Schule, sind zu kaufen. Bei wem? sagt die Expedition dieses Blattes. 3.g.21.

3.g.29. Karlsruhe.

### Verkaufsanzeige.

Die badischen Regierungsblätter sind vollständig von 1803-1866 um billigen Preis zu verkaufen. J. v. Boeckh, Stephaniensstraße Nr. 30.

3.g.30. Karlsruhe.

**Carl Arleth,** Großherzoglicher Hoflieferant, empfiehlt frische Austern, russ. Kaviar, frische Schellfische, ger. Rheinlachs, schönes franz. Geflügel, mar. Rheinal u. Kalkroulade in Oele, Braten, Sardinien, Anchovis, franz. und boll. Sardellen, russ. Sardellen, Sardines, Haricots, Maquereaux, Homards, Thon in Delic. aus Ohjenmaulsalat.

3.g.850. Karlsruhe.

## Die zweite Landesversammlung der badischen Feuerwehren, Karlsruhe

welche bei der ersten Versammlung in Freiburg im August 1864 beschloffen wurde, findet zu

im August 1866 statt.

Die frühzeitige Benachrichtigung geschieht, damit die Herren Fabrikanten von Eischgeräthen und Ausrüstungsgegenständen noch Zeit haben, zu dieser Versammlung, mit welcher eine Ausstellung solcher Geräthe verbunden werden soll, diejenigen, welche sie einsenden wollen, fertig zu machen.

Ferner aber auch damit Wünsche und Anträge, welche auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, zeitig eingereicht werden können. Die Herren Fabrikanten werden ersucht, den unterzeichneten Vorstand des Ausschusses zeitig zu benachrichtigen, was sie einzusenden beabsichtigen, und die Mitglieder des Vereins sind gebeten, rechtzeitig Wünsche und Anträge einzusenden.

Die näheren Bestimmungen über die Versammlung werden später bekannt gemacht.

Karlsruhe, im März 1866.

Der Präsident des Landesausschusses des Vereins badischer Feuerwehren.  
Daescher.

3.g.861. Karlsruhe.

## Kirchen- und Confirmanden-Kerzen

empfehlen in ausgezeichnete Qualität

en gros & en detail

Conradin Haegel, großh. Hoflieferant.

3.g.624.

### Die Motive,

welche dem Hoff'schen Malz-Extract-Gesundheitsbier seine zahllosen Verehrer zugeführt haben, sind äußerlich verschiedener Art; all-nthaben aber wird man den Hauptgrund in den ausgezeichneten Eigenschaften dieses Getränkes suchen müssen. Nachstehendes Schreiben spricht sich ebenfalls, wie die früheren unter Vermittelung von des Hoflieferanten Herrn

Johann Hoff's Filiale, Hochstraße Nr. 12 in Köln,

veröffentlichten Briefe, für diese Thatsache aus.

Platow, 13. Januar 1866.

Schon seit längerer Zeit habe ich mich von der vortheilhaften Wirkung Ihres Malz-Extract-Gesundheitsbieres zu überzeugen Gelegenheit gehabt, da mehrere der mir am nächsten stehenden Personen dasselbe mit dem überraschendsten Erfolge zur Herstellung ihrer geschwächten Gesundheit getrunken haben. Demgemäß (Bestellung).

Niederlage in Karlsruhe bei Michael Hirsch, Kreuzstraße Nr. 3.

3.g.764. Karlsruhe.

## Sttlinger Naturbleiche.

Für diese seit einer Reihe von Jahren stets im besten Rufe stehende ungeschädliche Bleiche nehme ich auch dieses Jahr wieder die besten an und sichere gute Versorgung zu.

Conradin Haegel, großh. Hoflieferant.

## Spezerei-Geschäft,

ein gangbares, wird von einem soliden jungen Mann zu pachten oder zu kaufen gesucht, und beliebe man gef. Offerten unter Nr. 3.g.27, an die Expedition dieses Blattes gelangen zu lassen. 3.g.27.

3.g.794. Leipzig.

## Lig-Ro-Ine u. Lig-Ro-Ine-Lampen,

aus Wunderlampen genannt, ohne Cylinder zu brennen, die reinlichste und billigste Beleuchtung der Neuzeit, als: Hand-, Wand-, Tisch-, Hänge- und Weberlampen vorzüglich, empfiehlt in vorzüglicher Qualität

Karl Schmidt, Leipzig

20, Grimmaische Straße.

Auf frankirte Anfrage frankirte Einsendung näherer Beschreibung und Preisliste gegen Frankoüberweisung von einem Thaler = 1/4 fl. i. W.

3.g.797. Dortmund.

## Für Geschäftsleute!

In allen bedeutendsten Orten des Großherzogthums Baden wollen wir den „Kommissionsweihen“ Verkauf sehr gangbarer Artikel einem soliden und frequenten Detail-Geschäfte unter günstigen Bedingungen übertragen, und sehen Anerbietungen unter Beifügung von Referenzen franco entgegen.

Dortmund, im Februar 1866.

Jul. Barck & Comp.

3.g.943. Karlsruhe.

## Bekanntmachung.

Montag den 26. März d. J., Nachmittags 2 Uhr, werden im Stallhofe, Herrenstraße Nr. 45, öffentlich gegen Baarzahlung versteigert:

ein zweiflügeliger Collawagen, ein vierflügeliger Stadtwagen, eine zweispännige Kalesche, ein großer Fourgon, ein Leiterwagen, ein Wagen zum Wasserführen, 4 Paar silberplattirte Pferdegeschirre, 3 Paar schwarze bergl., und anderes Lederwerk, nebst verschiedenen Stallrequisiten, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Auf Verlangen erteilt Leibfischer Wolfmüller (Herrenstraße Nr. 64) und der Unterzeichnete nähere Auskunft. Karlsruhe, den 13. März 1866. Herrenschmidt, Gerichtstarator.

## Mühlversteigerung.

Wegen Geschäftsveränderung läßt Montag den 26. März d. J., Nachmittags 1 Uhr, Müllermeister Morz Krämmer seine mitten im Ort Zeuthern gelegene Realitäten, bestehend in 36 Ruthen Haus- und Hofgerechtigkeit, worauf ein zweiflügeliges Wohnhaus mit gut eingerichteter Mahlmühle, zwei Mahls, einem Gerbgang und Schwingmühle, nebst angebauter Scheuer, Keller und Stallungen, Waschküche, Wagenhalle, Pferdefall und zwei weitere Wohnungen; ferner 26 1/2 Ruthen anliegenden Obst- und 23 Ruthen Gemüsegarten, 19,000 fl.

Anschlag . . . 19,000 fl. in der Mühle dajelbst öffentlich zu Eigenhum versteigern; wozu die Steigerungsliebhaber hiermit höflich eingeladen werden.

3.g.541. Zeuthern, Oberamt Bruchsal.

Neueste und billigste Berliner Damenzeitung für Mode und Handarbeit. Preis für das ganze Vierteljahr nur 10 Sgr.

10 Sgr. 1/2 Feil.

Die ersten Nummern der neuesten Damenzeitung: Soeben erschienen die ersten Nummern der neuesten Damenzeitung: DIE BIENE. Journal für Toilette und Handarbeit.

Die praktischen Bedürfnisse im Auge behaltend, trägt die „Biene“ mit Sammeltheis, Sorgfalt und Umsicht Alles zusammen, was die Mode im Gebiete der Toilette und der weiblichen Handarbeit für selbstthätige, wirtschaftliche Frauen und Töchter Neues und Gutes bringt: Im Hauptblatte jährlich an 1200 vorzügliche Abbildungen der gesammten Damen- und Kinder-Garderobe, Leibwäsche und der verschiedensten Handarbeiten, in den Supplementen die betref. Schnittmuster mit faaslicher Beschreibung, wodurch es auch den ungeschicktesten Händen möglich wird, Alles selbst anzufertigen und damit bedeutende Ersparnisse zu erzielen.

Bestellungen nehmen an und führen aus alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Redaction des Bazar mit theilweiser Benutzung der in dieser Zeitschrift enthaltenen Abbildungen.

36 Nr. Rheinl.

3.g.26. Karlsruhe.

## Im großen Saale des Museums

Montag den 19. März 1866

## Concert auf dem Crystallglocken-Pianino,

abwechselnd mit Pianoforte, gegeben für das Gesamtpublicum, wozu ergebnis einladet

Ch. C. Hering.

Gegenwärtig der einzige Virtuose auf dem Vetro-Combalino. Bilette für reservirte Plätze à 48 fr., für nicht reservirte à 36 fr., und für die Gallerie à 24 fr. sind nebst Programm in den Musikalienhandlungen der Herren Dört und Frei zu haben. Anfang halb 8 Uhr.

## Institut von A. & A. Diederichs in Genf.

3.g.599. Auf die Erfahrungen seines 23-jährigen Bestehens gestützt, verbürgt dieses in ländlichem Stadtviertel prachtvoll und gesund gelegene, nach wie vor von Knaben und Jünglingen der verschiedensten Länder, besonders Deutschlands, besuchte Institut den ihm anvertrauten Zöglingen: 1) die sorgsamste Pflege der Gesundheit; 2) einen entschiedenen sittlichen Anhaltspunkt, zu dessen Erziehung ungerathene Knaben und fähigste Verführungen mit großer Wachsamkeit fern gehalten werden; 3) einen an fleißiges, gründliches, launeltes Denken und Arbeiten gewöhnten, die Bedürfnisse des Handels und der Industrie vorzüglich berücksichtigenden und namentlich eine fertige Kenntniß der französischen Landessprache und des Englischen erzielenden Unterricht; 4) ein möglichst inniges und freundliches Familienleben, in welchem deutsche Bildung, Gefinnung und Sitte ihren gemüthlichen Ausdruck finden und die Anhänger verschiedener Glaubens als Brüder einträchtig beieinander wohnen. — Weiteres, nebst Referenzen, im Prospektus.

## Wechsel-Geschäft.

3.g.978. Karlsruhe. An- und Verkauf amerikanischer Staatspapiere, Coupons, Gold, Silber und Papiergeld, Wechsel in beliebigen Beträgen auf New-York, Philadelphia, San-Francisco und alle größeren Städte in den Vereinigten Staaten bei

## Simeon Auerbach, Neuerer Birkel Nr. 3, eine Treppe hoch.

Mai-Coupons werden jetzt schon gekauft.

## Großh. Bad. 35-fl.-Serien-Loose.

3.g.970. Gewinnziehung am 31. März. Haupttreffer fl. 40,000, 10,000, 4000, 5 mal 2000, 12 mal 1000, 20 mal 250 sind billigst zu haben bei Weismann & Wayer, Bank- und Wechselgeschäft Mainz.

## Versteigerung

3.g.696. Karlsruhe. von Möbeln, Holzvorräthen und Werkzeugen. In Folge Liquidation der Gesellschaft Häßlinger & Comp. in Karlsruhe werden sämtliche Borräthfertiger und halbfertiger Möbel gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Dieselben bestehen in: Sehr reicher Auswahl feinsten, geschmückter, eingeleter, vergoldeter und auch einfach furnirter Möbel verschiedener Schmacks und Stils, wie Louis XIV., XV., XVI., gothisch, antique u. a. m., Kronleuchter, Jardinières, Portières, Möbelstoffe, Teppiche, Vorhangverzierungen von Bronze- und Pflasterarbeit, Figuren, große Spiegel u. s. w.

Bildhauerarbeiten zur Möbelabarbeitung und Einzelverzierungen; besonders schöne Thierstücke. Sämmtliche Werkzeuge zur Möbelabarbeitung, worunter 23 Hobelbänke mit vollständiger Zubehörde; 1 Handsäge, 1 Zirkularsäge und dergleichen. Ein großer Möbeltransportwagen.

Holzvorräthe; Palisander, Mahagoni, Eichen, Nussbaum und Fourniere u. s. w. Die Versteigerung beginnt im Hofbräuhaus am Montag den 19. März 1866, Morgens 9 Uhr, und wird Nachmittags 2 Uhr und in gleicher Zeit an den folgenden Tagen fortgesetzt.

Sämmtliche Gegenstände sind bis zum Beginn der Versteigerung jeden Freitag Nachmittags von 2 bis 5 Uhr zu besichtigen, und können in besagter Zeit Verkauft abgeschlossen werden. Karlsruhe, den 1. März 1866.

Häßlinger & Comp. in Liquidation.

F. Wilhelm Doering, Franz Verrin.

## Die Gr. landw. Gartenbauschule Karlsruhe

verkauft alle Arten von Garten-, Feld- und Wiesen-Sämereien, Aepfelbäume und verschiedene Feld- und Garten-Pflanzen unter Garantie der Güte und Reife. Die Klearten sind frei von Flachsseide. 3.g.720.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)